

„Soziale Menschenrechte umsetzen – Menschen auf der Flucht helfen – Geflüchteten in Deutschland alle Rechte sichern“

Vesper „Menschenrechte aktuell“ am 28.4.2016 im Rahmen der Berliner Stiftungswoche: Eine Kooperation der Stiftung Haus der Demokratie und Menschenrechte, der Internationalen Liga für Menschenrechte e.V., der Zeitschrift „Ossietzky“ und der Eberhard-Schultz-Stiftung für soziale Menschenrechte und Partizipation.

Eckart Spoo, Journalist und Herausgeber der Zeitschrift „Ossietzky“, begrüßte als Moderator des Abends die mehr als 50 Gäste und stellte die ReferentInnen vor.



Für den leider verhinderten Kapitän Klaus Vogel sprach Verena Papke, Projektkoordinatorin bei [SOS Mediterranee](#),

begleitet von Jana Ciernioch, die als Verantwortliche für die Öffentlichkeitsarbeit Videos von aktuellen Rettungseinsätze für Flüchtende im südlichen Mittelmeer zeigte. Aus dem Beitrag wurde das bewundernswerte Engagement von Menschen aus mehreren Ländern Europas deutlich, die innerhalb eines Jahres eine international vernetzte gemeinnützige Organisation aufgebaut haben. Seit Beginn des Einsatzes Ende Februar 2016 mit einem professionellen Team aus Seeleuten, TechnikerInnen sowie MedizinerInnen konnten schon hunderte Menschen vor den Ertrinken gerettet und so eine sichere Aufnahme in Europa gewährleistet werden. Angesichts der enormen Herausforderungen auch in finanzieller Hinsicht begrüßte die Referentin auch die mediale Aufmerksamkeit, die ihre Arbeit inzwischen erreicht hat und bat um weitere Unterstützung, auf die die Organisation dringend angewiesen ist.

Anschließend berichtete Napuli Paul Görlich, die bekannte Flüchtlingsaktivistin vom Oranienplatz (Berlin Kreuzberg) von dem Kampf der Geflüchteten. Sie schilderte eindrucksvoll ihre Situation in Deutschland und betonte ihre berechtigten Erwartungen einer menschenwürdigen Unterbringung („No lager!“) und ein gesichertes Bleiberecht und ihre immer wieder enttäuschten Gefühle: „Wir wollen keine Almosen, sondern das zurück, was die europäischen Kolonialmächte uns genommen haben - und auch immer noch rauben“

Danach präsentierte Eberhard Schultz, Mitgründer und Vorsitzender der [Stiftung für soziale Menschenrechte und Partizipation](#) die Ziele und bisherige Arbeit der Stiftung. Er machte deutlich, dass die Umsetzung der sozialen Menschenrechte ein wichtiges Instrument für die Verwirklichung einer sozial gerechten Gesellschaft ohne Ausgrenzung werden könnte. Als erstes müsste endlich das Zusatzprotokoll zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966 (UN Sozialpakt) von der Bundesregierung ratifiziert werden. Dazu sei eine Verstärkung der Kampagne auf Parlamentarischer und zivilgesellschaftlicher Ebene notwendig

In diesem Zusammenhang stellte er das gerade frisch ausgelieferte Buch [„Soziale Spaltungen in Berlin“](#), [VSA Verlag](#), vor, das durch die Stiftung gefördert worden ist. Darin haben die AutorInnen,

von denen mehrere anwesend waren, die von Thomas Piketty begonnene konkrete sozioökonomische Analyse der sozialen Spaltung auf Berlin übertragen. Ihr Befund, dass das Armutsrisiko wächst, Arme stärker gesundheitsgefährdet sind und ungleiche Bildungschancen im Widerspruch zum Anspruch zur Inklusion stehen. „MigrantInnen und Flüchtlinge sind beim Zugang zu Arbeit, Bildung, gesundheitlicher Versorgung und angemessenem Wohnraum, der für alle immer knapper wird, stark benachteiligt.“

Imke Rickert von der [Humboldt Law Clinic](#) führte in das komplexe Thema „Betroffene von Menschenhandel: Diskriminierungsabbau durch Verbesserung der Rechtsstellung?“ ein und wies auf die Benachteiligung von Betroffenen in Bezug auf soziale Menschenrechte hin, wie sie ähnlich bei Geflüchteten in Deutschland vorhanden ist. Allein durch zivilgesellschaftliche Projekte können diese Benachteiligungen nicht aufgefangen werden. Die Durchsetzbarkeit sozialer Leistungsrechte für Betroffene von Menschenhandel ist durch fehlende gesetzliche Grundlagen oder Einschränkungen fast nicht möglich.

Nach den Kurzreferaten fand eine intensive Diskussion statt. Wie der Moderator am Schluss zusammenfasste, waren sich alle einig: Die vorgestellten Projekte verdienen unser aller Unterstützung, die Bundesregierung darf sich ihrer Pflicht zur Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum UN Sozialpakt nicht länger entziehen, eine noch so engagierte ehrenamtliche



© Klaus Kohlmeyer

Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen kann die staatliche Verpflichtung zur Gewährleistung der sozialen Menschenrechte Aller nicht dauerhaft ersetzen.